

Filiale der HypoVereinsbank Ecke Theresien-/Augustenstraße incl. SB – Zone wird im September geschlossen – Forderung nach Erhalt der SB – Zone bzw. der Schaffung einer SB – Zone in der Nähe.

Seit einigen Tagen ist bekannt, dass im September die Filiale der HypoVereinsbank Ecke Theresien-/Augustenstraße schließen wird und die Kunden zum Promenadeplatz bzw. zum Kurfürstenplatz zur Betreuung verlegt werden. Gleichzeitig wird die SB – Zone geschlossen, die für Kunden der HypoVereinsbank, wie auch der Postbank in der Umgebung die einzige Möglichkeit war kostenlos Geld abzuheben. Nach dem Wegfall der Postbank an der Theresien-/Türkenstraße sowie an der ehemaligen Agnespost, war dies die einzige Möglichkeit für Postbankkunden im Umkreis noch gebührenfrei Geld abzuheben. Die nächsten Möglichkeiten sind am Hauptbahnhof und in der Sonnenstraße, für Kunden der HypoVereinsbank am Promenadeplatz und am Kurfürstenplatz.

Der Bezirksausschuss Maxvorstadt findet, dass diese Wege gerade für Senioren und Behinderte unzumutbar sind um gebührenfrei Geld abzuheben und bittet den Oberbürgermeister Dieter Reiter darum sich mit der HypoVereinsbank bzw. der Postbank ins Benehmen zu setzen, um in unmittelbarer Nähe eine SB Zone für Einzahlungen, Auszahlungen, Überweisungen und Kontoauszüge zu schaffen.

Vielleicht eignen sich die in der Nähe liegenden Filialen der Stadtsparkasse München in der Brienerstraße und Ecke Augusten-/Görresstraße dazu, dies zu kombinieren.

Begründung:

Es sind nicht nur für die Senioren und Behinderten entstehenden unzumutbaren weiten Wege, die der Wegfall der Filiale und SB – Zone mit sich bringt, es ist die Gefahr, dass gerade diese Menschen beim Geldabheben beobachtet werden und auf dem Heimweg, der Geldbeutel, die Handtasche oder nach dem Aufschließen des Treppenhauses die Menschen überallen und ausgeraubt werden. In vielen Sendungen von Aktenzeichen XY und in Präventionssendungen wird davor gewarnt bzw. wurde über die Kanäle nach solchen Straftätern gefahndet. Die Nahversorgung mit Bargeld ohne Gebührenerhebung ist Freiheit und muss gewährleistet bleiben.

Antragssteller:

Gerhard Mittag